

An die
Europäische Kommission

Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Antitrust
1049 Bruxelles/Brüssel
BELGIQUE/BELGIE

Wien, 10.2.2010

Stellungnahme der Firma Autobetriebe Gesellschaft m.b.H. zu den Entwürfen der EU-Kommission vom 21.12.2009 für die künftigen Regelungen des Automobilsektors

Die Firma Autobetriebe Gesellschaft m.b.H. ist ein mittelständisches KFZ-Unternehmen mit Sitz in 1200 Wien. Ein Filialstandort wird in 1170 Wien betrieben und eine weitere Unternehmensbeteiligung am Standort 3580 Horn, in Niederösterreich. An diesen Standorten finden derzeit 160 Mitarbeiter, davon 30 Auszubildende, einen Arbeitsplatz. Wir haben die Vorschläge der Kommission vom 21.12.2009 zur künftigen Regelung des KFZ-Sektors in Europa (Entwürfe Vertikal-GVO und Leitlinien sowie KFZ-GVO und Leitlinien) studiert und nehmen dazu wie folgt Stellung:

In unserem Firmenverbund wurde auf Grundlage der KFZ-GVO 1400/2002 im Zeitraum 2002 bis 2009 bisher ein Betrag von mehr als € 10 Millionen, vor allem in Betriebsanlagen, Betriebsausrüstungen und auch Personalqualifikation investiert. Die durchschnittliche Amortisationszeit liegt dafür bei rund 15 Jahren. Ein Großteil dieser Investitionen wurde aufgrund der VW-Konzernstandards in den Mehrmarkenhandel sowie den Mehrmarkenkundendienst der VW Konzernmarken - Volkswagen Skoda Audi SEAT - getätigt. Diese Investitionen wären bei Umsetzung der Kommissionsvorschläge nachhaltig gefährdet und entwertet und unsere Standorte in ihrer Existenz bedroht. Dies insbesondere deshalb, weil nach diesen Vorschlägen den Herstellern und Importeuren die Möglichkeit eingeräumt ist, durch den Einsatz von befristeten Verträgen sowohl den Mehrmarkenhandel als auch den Mehrmarkenkundendienst zu untersagen. Durch die aufgrund der neuen Regelungen möglichen Aushöhlung des Rechts einen Servicevertrag zu beantragen ist auch zu befürchten, dass Standorte überhaupt geschlossen werden müssen.

Leitlinien sind, wie uns unser Rechtsberater versichert keine gleichwertige Anspruchsgrundlage wie die in der KFZ-GVO 1400/2002 enthaltenen Bestimmungen und so stellen die Vorschläge der Kommission in erster Linie sicher, dass die Hersteller und Großhändler ihre jeweiligen Interessen durchsetzen können.

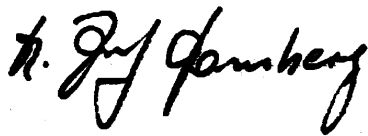
Wir fordern die neue Kommission daher auf in einer fairen Interessensabwägung auch unsere Interessen, als familiengeführtes mittelständisches Unternehmen zu berücksichtigen und dazu zählt vor allem:

- a) Der freie Vertragszugang im Bereich des Servicegeschäfts bei Erfüllung der zweckdienlichen Herstellerstandards
- b) Der freie Kauf oder Verkauf von Unternehmen des KFZ-Sektors mit gleicher Markenvertretung

- c) Die Sicherstellung einer korrekten Vergütung der von Händlern und Werkstätten im Rahmen der Gewährleistung, sowie bei Rückholaktionen im Auftrag der Hersteller für den Verbraucher erbrachten Leistungen
- d) Sicherstellung des freien Zugangs auch für Markenwerkstätten zu allen technischen Informationen, Schulungen, Hard- und Software, die zur Durchführung von Service- und Reparaturdienstleistungen erforderlich sind
- e) Freier Zugang zum vollständigen Ersatzteilsortiment und zu allen IT-Systemen, die für eine zeitnahe Versorgung der Verbraucher erforderlich sind
- f) Ausgewogene Kündigungszeiten sowohl für bestehende und künftige Händler- und Werkstättenverträge sowie das Erfordernis einer Kündigungsbegründung.

Die Zusicherung einer solchen Rechtsposition kann nicht in Form unverbindlicher Leitlinien erfolgen sondern wir ersuchen Sie um eine verbindliche gesetzliche Regelung der Punkte a) bis f). Ohne diese Maßnahmen sehen wir keine Möglichkeit im Wettbewerb mit den immer zahlreicher werdenden Betrieben der herstellereigenen Retailgesellschaften zu bestehen und wären in kürzester Zeit von Existenzverlust bedroht. Es liegt in der Hand der neuen EU-Kommission derzeit noch bestehende mittelständische Strukturen, zu denen unserer Unternehmen zählt, in ihrer Existenz zu erhalten. Ohne Berücksichtigung unserer Anliegen ist mit einer raschen wirtschaftlichen Vernichtung dieser Strukturen und den damit verbundenen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu rechnen. Wir rechnen daher mit einer raschen Überarbeitung dieser mittelstandsfeindlichen Vorschläge durch die neue Kommission, damit auch noch unsere Kinder eine Zukunft haben.

Mit freundlichen Empfehlungen



Dr. Josef Lamberg
Geschäftsführender Gesellschafter